

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 1

12. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 15. Januar 1948

INHALT: Der ewige Mensch (Humanitas heute): Geschichte und Idee — Die humanistische Haltung als seelische Erscheinung und Form — Der Inhalt des Humanismus — Humanismus und Christentum.

Ungarn: Agrarreform und katholische Kirche: Die Bodenverteilung vor dem Kriege — Die kommunistische Bodenreform — Die Stellung der katholischen Kirche zur Reform.

Spanien: Wenig bekannte Tatsachen: Der Goldschatz Spaniens in den Händen Russlands — Die internationalen Revolutionäre im Bürgerkrieg von 1936.

Ex urbe et orbe: Zur inneren Problematik der Sozialdemokratien — Das Ideal der Gleichheit im Kommunismus.

Kirche und Staat: Vier Lösungsversuche: Staatskirchentum — Kirchenstaatstum — Trennung von Kirche und Staat — Zusammenarbeit — Literaturangabe.

Buchbesprechungen: Hans Pfeffermann: Die Zusammenarbeit der Renaissance-Päpste mit den Türken — Barth Karl: Die Schrift und die Kirche — Kümmel Werner Georg: Verheissung und Erfüllung.

Der ewige Mensch

(Humanitas heute)

Es muss als eine verhängnisvolle Versuchung betrachtet werden, dass die meisten Gebildeten, wenn sie das Wort «Humanismus» hören, alsogleich an bestimmte Namen denken, an die mittelalterlichen Humanisten Erasmus oder Reuchlin, oder an die Neuhumanisten der deutschen Klassik, an Herder, Goethe, an die beiden Humboldt oder endlich gar an den «dritten Humanismus» der 20er und 30er Jahre, dass sie aber den einen Namen innerlich nicht vernehmen, um den es doch allein geht, nämlich den Namen: Mensch. Die Ueberschattungen und geschichtlichen Belastungen verhindern gerade jenes Erlebnis, das doch nötig wäre, wenn der Humanismus wieder einmal als fällig erfüllt wird, das Erlebnis des gültigen, echten Menschenbildes. Warum wird dieses Erlebnis jeweils allzu schnell verflacht und aufgelöst durch einseitige und manchmal fragwürdige Menschenbilder der Vergangenheit? Warum beeinträchtigen und verharmlosen die Humanisten den Humanismus?

Es steht zu befürchten, dass auch heute wieder der gleiche Vorgang eine tiefgreifende Erneuerung schon zum vorneherein paralyisiert. Dass das geschändete Menschenbild wieder in seiner eigentlichen Würde und Wesenhaftigkeit aufzurichten sei, darüber zwar wird nicht gestritten. Aber das Misstrauen ist wach und rege, es könnte auch ein neuer Humanismus uns irgend eine billige Marionette, eine neu vergoldete Figur aus dem alten abbruchreifen Menschheitsmuseum zum Leit-Bilde aufstellen.

Dieses Misstrauen ist freilich nur allzusehr berechtigt. Unser Abendland fühlt sich nicht nur politisch und wirtschaftlich eingeklemmt zwischen asiatischem Kollektivismus und amerikanischem Pionierdrang, der alle Brücken hinter sich abgebrochen hat, es weiss sich auch kulturell und zutiefst seelisch von diesen beiden Mächten bedroht. Nichts könnte diese Bedrohung eindrücklicher illustrieren, als die verdächtige Hast und manchmal wahllose Aufdringlichkeit, mit der man daran geht, das «Erbe der Vergangenheit» aus den Schränken der Museen zu holen, abzustauben und ins Neonlicht ästhetisierender Ausstellungen,

geschmackvoller Neuausgaben zu stellen. Gerade in unserer Schweiz haben es sich gewisse Kreise offenbar zur Aufgabe gemacht, inmitten der grossen Zerstörung die «bewahrende» und erhaltende Macht zu sein. Unsere Verlage bringen neue Gesamtausgaben der Klassiker heraus und werfen in zierlichen Geschenkbändchen die kostbarsten Perlen der Literatur in die breiten Massen. Unsere Museen prunken mit den wertvollsten Schätzen europäischer Malerei und Plastik. Ist das nun der Beginn des «neuen» Humanismus? Oder wenigstens der Wille dazu, ein aufrüttelnder Akt, ein «letzter Appell»? Oder ist es ein müdes Sich-Einschliessen mit den Familien-Kleinodien, nachdem man in der Öffentlichkeit auf Rang und Rolle verzichten musste? Eine besänftigende Flucht in die Vergangenheit?

Wir betrachten die Idee des Humanismus (abgesehen von ihren konkreten Ausprägungen) als eine abendländische Idee, gewachsen auf abendländischem Boden, geformt von griechisch-römischen Geiste und dem Christentum. Darin scheint uns gewöhnlich ihre Kraft und ihre Grenze zu liegen. Aber verraten wir nicht gerade durch diese Begrenzung das Tiefste der grossen humanistischen Idee? Lässt sich denn die Idee selbst eine solche Begrenzung gefallen? Schon der geschichtliche Weg vom mittelalterlichen Humanismus über den Neuhumanismus zum dritten Humanismus bedeutete eine Sprengung der allzu engen Grenzen, wie sie durch die traditionellen Formen des Studiums der Humaniora gegeben erschienen. Ist nicht die Haltung, die hinter der Idee steht, und gar der Inhalt der Idee selbst, viel weiter und grösser, als der geschichtliche Rahmen, in dem sie sich bisher präsentiert hat?

I.

Die humanistische Haltung.

Dass es diese Haltung während Jahrhunderten gegeben hat und auch heute noch, trotz der aus den unbewachten Tiefen ausgebrochenen Dämonien, gibt, dies

dürfte kaum zweifelhaft sein. Auch dass es vorerst um eine «Haltung» geht, bedarf keiner langen Reflexion. Freilich ist Haltung nicht jederzeit seelisch die gleiche Erscheinung. Heute gewinnt man den Eindruck, diese Haltung zum Humanismus sei zu einem grossen Teil eine Angelegenheit des bewussten Willens, und zwar eines Willens, der als Reaktion auf die Barbarei der Unmenschlichkeiten der letzten Jahre zu bewerten ist. Man will gegenüber diesen Ausbrüchen des Untermenschlichen die Haltung echter Menschlichkeit wieder finden und fördern. Man will die Vermenschlichung der sozialen und politischen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch dieser Bezüge neu grundlegen. Man fordert die bewusste Erziehung der Jugend zum eigentlichen Menschentum in seiner ganzen Breite und Tiefe. So ist Humanismus heute weitgehend Wunsch und Forderung, Ziel eines überlegten Willens. Es gab andere Zeiten, in denen diese akzentuierte Betonung überflüssig erschien. Epochen, in denen man aus einem selbstverständlichen inneren Denken und Fühlen heraus die Menschlichkeit besass, die Masstäbe eines harmonischen Menschentums fast instinktiv anzuwenden wusste. Die humanistische Haltung war damals nicht so sehr angestrenzte Bändigung unmenschlicher Triebwelten durch ein beständiges Training, sondern wenigstens äusserlich eine Angelegenheit überkommener Formen, längst eingespielter Konventionen. Man kannte in der Öffentlichkeit nur das fair play (auch wenn das Intrigenspiel in den Salons zuhause war), man konnte sich nicht hinwegsetzen, weder vor den andern, noch vor sich selbst, über die Regeln internationaler Gebräuche, oder auch nur über Vorschriften kourtoiser Höflichkeit, ritterlicher Handlungsweise und bürgerlicher Anständigkeit. Der Wille brauchte zu dieser Haltung nicht engagiert zu werden, die Haltung wuchs aus dem Zeit- und Menschheitsempfinden der Epoche.

Die Frage, in welchen Seelenschichten die humanistische Haltung beheimatet ist, bedarf angelegentlicher Beachtung, wenn man überhaupt noch um den Unterschied von äusserer kultureller Fassadenarchitektur und innerer seelischer Raumgestaltung weiss. Indes ist damit noch nicht klargelegt, welche Formen denn eigentlich zur humanistischen Haltung notwendig gehören, aber es ist eines der hoffnungsreichsten Kennzeichen unserer Situation, dass darüber noch ein selbstverständliches Einverständnis besteht. Das dunkle Jahrzehnt, das wir hinter uns haben, vermochte dieses Wissen nicht zu trüben. Die Haltung des echten Menschentums blieb im Gedächtnis auch breiter Volksmassen als Bild durchaus intakt, deutlich und plastisch. Dass dieses Bild von Ehrfurcht und Würde spricht, dass es beide aber auch gebieterisch heischt, das vermochten die Hassgesänge des wahnwitzigen Völkermordens nicht aus dem Tiefen-Bewusstsein der Menschen auszulöschen. Man mochte den Menschen noch so viele düstere Tatsachen der Weltgeschichte und der innerseelischen Niederlagen vor Augen führen, das Wort, «Der Mensch ist ein Raubtier», vermag nicht — noch nicht? — zu überzeugen. Ehrfurcht und Würde blieben als Schutz vor der Degradierung zum mühsam domestizierten Triebwesen, als wirksamer Stachel zu über-tierischer Lebensführung. Kein Vertragsbruch, keine raffiniert ausgeheckte Falschheit, keine noch so unsägliche Rohheit, kein gemeinschaftsfordernder Egoismus, kein kalter Zynismus, kein Gasexperiment täuschte darüber hinweg, dass dem Menschen Ehrfurcht und Würde zukommt. Unauslöschlich lebt im grösseren und besseren Teile der Menschheit das Wissen von der Einmaligkeit und Einzigkeit der menschlichen Person. Ihre Stellung blieb auch noch im Gesicht des als lebensunwert Erklärten eingestanz und ehern gemeisselt. Es muss dies fast unbegreiflich erscheinen und äusserst rätselhaft, nachdem so

vieles geschehen und inszeniert worden war, um diese Würde zu zerstampfen. Keine materialistische Naturwissenschaft des 19. Jahrhunderts, keine Klassenkampfsoziologie, keine blosse Triebpsychologie, kein brutaler Rassenbiologismus, keine nihilistische Lebensphilosophie, kein rücksichtsloser Vernichtungskrieg waren imstande, diese Haltung der Würde und der Ehrfurcht aus den Herzen zu reissen. Sie mochten freilich diese Haltung erheblich schädigen, zeitweise bei der jungen Generation zurückdrängen, aber sie brachten es bis heute nicht fertig, den Willen zu dieser Haltung gänzlich zu zerstören. Das ist das Erstaunlichste, wie diese tief humanistische Haltung den Generalangriff gegen die Menschlichkeit überstand, ja gefestigt dasteht. Hat doch gerade nach diesem Verzweiflungskampf ums Menschentum die Idee des Humanismus an universeller Geltung gewonnen, weiss man heute doch besser, dass diese Idee nicht an unser Abendland geknüpft sein darf, sondern das ganze Menschengeschlecht umfassen und innerlich umformen muss. Angesichts dieses siegreichen Willens, aber auch dieser gewaltigen Aufgabe, muss die Frage gestellt werden, woher eine solche umfassende Haltung ihre Kraft bezieht, welches denn der eigentliche In-Halt ist, der die Haltung erst begreiflich und absolut unüberwindlich macht.

II.

Der Inhalt des Humanismus.

Wir stehen da vor dem zweiten Rätsel. Der Inhalt der Humanitätsidee erweist sich immer wieder grösser als ihre zeit- und persönlichkeitsbedingte Ausprägung. Herder mochte Humanität als Harmonie der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte verkünden, Lessing vom Religiösen her kommend sie in der Toleranz (lies: Indifferenz) aufgipfeln lassen, ein Schiller sie idealistisch-ästhetisch als Weg zur «schönen Seele» begründen, und ein Goethe in ihr den Ausgleich zwischen Ich und Welt suchen, alle diese Be-Inhaltungen schöpfen die Idee nicht aus, stossen nicht vor zum letzten Kern des Menschseins. Manche dieser humanistischen Ideale haben sich nicht als krisenfest bewährt. Das Versagen gerade der gebildeten Schicht vor dem Untermenschentum des Kollektivismus lässt sich doch kaum restlos bestreiten. Ja, man wird nicht selten zugeben müssen, dass manche Form humanistischer Erziehung und Lebensführung eine Flucht vor der Wirklichkeit war. Vordergründig gesehen war es manchmal eine Flucht vor der Politik und ihrer Verantwortlichkeit, ein Ausweichen vor sozialen Problemen und Situationen, manchmal auch nur ein Sich-Versagen der kräftezehrenden Praxis — der Hintergrund aber dieser Flucht war die seelische Unsicherheit, das erschreckende Fehlen einer absolut sicheren Weltanschauung, einer un-diskutablen Wahrheit vom Menschen. Der Flirt mit den Modeströmungen, mit einem grundsätzlichen Relativismus hatte dem Menschenbild die verpflichtenden, gültigen Züge geraubt. So kam es zu ständig wechselnden Ausprägungen des Menschengesichtes und damit zur Gefahr eines unbewussten Maskenspieles, wie es Nietzsche erkannt und durchschaut hat. Allzuvielen Humanismen hatten den Humanismus vergessen lassen und schliesslich liquidiert. So bleibt nur noch die humanistische Haltung, ja vielleicht nur noch der schmerzliche Wunsch und Wille nach dieser Haltung des echten Menschseins. Dass er auf die Dauer nicht genügen kann, dürfte einleuchtend sein. Die Haltung kann sich nur bewähren, wenn sie sich an einen In-Halt zu halten vermag, der keiner Schwankung ausgesetzt ist.

Wir müssen zum Wesen des Menschen wieder den Zugang finden, zu jenem letzten Seins-Bestand, der echte Würde garantiert, so dass alle Masken überfällig werden. Nur aus dem Wesen des Menschen heraus kann der allgemein gültige Anspruch auf seine Würde und die Ehrfurcht vor ihm erhoben werden. Selbst die gewaltigen Leistungen der ganzen Menschheit und einzelner Genies können solche Ehrfurcht nicht begründen, stehen doch diesen Leistungen ebensoviele grauenhafte Zerstörungen gegenüber, so dass eine Bilanz nicht als durchaus positiv ausgewiesen werden kann. Auch sind die bedeutendsten Leistungen, die unser Erstaunen wach rufen, gerade gross, sofern sie uns dieses Wesen des Menschen klarer erkennen lassen, sofern sie als Zeugen jenes Geistes, der unser Menschentum heraushebt aus dem hinfälligen Kreis materiellen Seins, dastehen und damit unser Wesen in seiner Eigenart begründen. Nur von der geistigen Potenz her kann darum ein wahrer Humanismus verstanden werden, und nur wenn dieser Geist in seiner wirklichen Struktur und Dynamik erkannt wird, lässt sich unser Menschentum gegenüber allen Untermenschlichkeiten verteidigen und auf die Dauer überhaupt leben, ja selbst untergehend noch verwirklichen. Der Geist nur sprengt ja die engen Mauern und überschreitet jene Grenzen, in denen die ungeistige Natur gefangen bleibt. Weil der Geist in die grossen Räume des übermateriellen Seins vorzustossen vermag, weil ihm die Ideenwelt der Wahrheit, Schönheit und Güte zugänglich ist, besitzt er die Würde der Freiheit. Einer Freiheit von den Bedingungen der Stoffwelt und einer Freiheit für ein Dasein, das als Person eine innere Welt voll unermesslicher Möglichkeiten birgt. Diese Freiheit des geistigen Lebens zeigt an, wie sehr der Mensch über alle anderen sichtbaren Wesen hinausragt, wie ihm eine besondere Würde eignet. Aber es wäre um diese Würde nicht gut bestellt, wenn ihm zwar die Freiheit von den gewöhnlichen materiellen Bedingungen gegeben wäre, er aber mit der materiellen Welt das Schicksal des Aufgelöst- und Hinfälligwerdens teilen müsste. Wenn er nicht auch die Freiheit vom Gesetz des Todes besässe. Erst die Eigenschaft der Dauer, ewiger Dauer, gibt dem Geiste das überragend Neue und im Bereiche der Schöpfung Einmalige: Unsterblichkeit. Durch diese Eigenschaft wird der Mensch Gott ähnlich und erhält durch sie die An-

wirtschaft, das Pfand zu höchster Begnadung in der Kinderschaft Gottes (Röm. 8). Nur darum kann man von höchster Würde des Menschen sprechen. Erst deshalb ist die blosser Tatsache des Menschseins etwas staunenerregend Grosses, was uns befiehlt, ihm nur mit Ehrfurcht zu nahen. Erst an diesem Punkte enthüllt der Humanismus seine Eigentlichkeit, seine zum grossen Teil noch unverwirklichten Möglichkeiten. Und damit erst hat humanistische Haltung den Inhalt.

Von da aus dürfte es nicht schwierig sein, auch die Stellung des Christentums zur Humanität zu begründen. Das Menschenbild des Christentums widerspricht ihren tiefsten Werten in keiner Weise. Es hat diese Werte nicht nur stets anerkannt, sondern auch verteidigt und verkündigt. Das Christentum verachtet den Humanismus nicht, wie manche Ueber-Christen in einer snobistisch-christlichen Art es tun zu müssen meinen. Trotz der vollen Gnadenhaftigkeit christlichen Lebens weiss die christliche Tradition von der «Erziehung zu Christus» durch die Klassiker hin. Sie betrachtet es durchaus nicht als zufällig, dass Gott damals Mensch wurde, als die «Fülle der Zeit» der griechisch-römischen Kulturwelt erreicht war. In dieser Welt hat es ja am stärksten und frühesten Fuss gefasst, nicht in der «ausschliesslich» religiösen Welt des Judentums, oder in den irrationalen Kulturen des östlichen Mystizismus. Der erste mittelalterliche Humanismus trug klares christliches Gepräge, ja er war eine reife, süsse Frucht am Baume der christlichen Kirche. Erst der Neuhumanismus der Klassik verkürzte die gewaltige Tiefendimension der menschlichen Geist-Person auf ihr innerweltliches Mass und raubte so ihr letztes Ziel und Sinn. Gegen solche reduzierte Humanismen, die ihre Unechtheit durch die bekannte «sentimentale Humanitätsduselei» entlarven, wird sich das Christentum freilich immer zur Wehr setzen. Eine schwächliche, rein subjektive Ethik, ein bloss idealistisches Edelmenschentum, das reine Gentleman-Ideal, der honête homme werden die Belastungen nie ertragen, die das Leben auf die Schultern des Menschen und ganzer Völker legt. Diese werden aber nicht nur ertragen, sondern siegreich überwunden und verklärt von den echten Humanisten, die dem Bilde dessen gleichförmig zu werden streben, von dem es heisst: «Apparuit humanitas Salvatoris erudiens nos» (Tit. 3, 4).

Ungarn: Agrarreform und katholische Kirche

I. Die Bodenverteilung vor dem Kriege

Ueber die Bodenverteilung vor dem Kriege gibt uns die folgende Tabelle ¹⁾ Aufschluss:

Grösse der Güter	Zahl der Besitzer	Ihr Anteil am Boden in %
bis 2,5 ha	1,184,800	10,1
2,5— 5 ha	204,500	9,2
5 — 25 ha	217,900	26,2
25 — 50 ha	15,340	6,4
50 — 500 ha	10,994	18,2
500—10,000 ha	1,034	19,1
über 10,000 ha	36	10,8

Zur Erläuterung der obigen Tabelle muss folgendes erwähnt werden:

¹⁾ Die Tabelle stammt aus dem Jahre 1935.

1. Ein beträchtlicher Teil der Güter über 500 ha stand nicht im Privatbesitz, sondern im Besitz von juristischen Personen, namentlich im Eigentum des Staates, der Gemeinden, der öffentlichen Stiftungen und der Kirchen. Die Kirchengüter und die Güter der Stiftungen waren sogenannte Zweckgüter, die zum Unterhalt von Kirchen, Schulen und anderen kulturellen Institutionen dienten.
2. In den letzten Jahrzehnten konnte man — infolge der natürlichen Entwicklung, d. h. des freien Güterverkehrs und der wiederholten Agrargesetze ²⁾ — eine zwar langsame, aber doch fortwährende und unaufhaltsame Verminderung der Grossgrundbesitze beobachten.
3. Die Sachverständigen waren sich nicht einig, ob den geographischen und klimatischen Verhältnissen Un-

²⁾ Zwischen den Jahren 1920—40 sind ungefähr 400,000 ha infolge der verschiedenen Bodenreformgesetze von den Grossgrundbesitzern in die Hände der Kleinbauern gelegt worden.

garns der landwirtschaftliche Grossbetrieb oder der Kleinbetrieb mehr entspreche. M. E. kommt folgende Meinung am ehesten der Wahrheit nahe: In der Vergangenheit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse eine extensive, auf Export eingestellte Kornwirtschaft notwendig machten, entsprachen eher die Grossbetriebe den Erfordernissen des Landes. In der Zukunft wird die Konkurrenz des nord- und südamerikanischen und eventuell des ukrainischen Getreides den einseitigen Kornbau in Ungarn unrentabel machen; man wird daher gezwungen sein, die landwirtschaftliche Produktion auf solche Produktionszweige umzustellen, die eher den Kleinbetrieb begünstigen.

4. Die bevölkerungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkte sprechen eindeutig für den Kleinbetrieb.

Alles in allem war die Zeit in Ungarn für eine umfassende Bodenreform reif. Darüber waren auch katholische Kreise im klaren. Sie wollten nur diese Reform unter möglichst günstigen Umständen durchführen.

II. Die kommunistische Bodenreform

Die Russen und die mit ihnen zurückkehrenden kommunistischen Emigranten sahen in der Durchführung der Bodenreform ihre erste Aufgabe. Dies entsprach der alten kommunistischen Theorie und Praxis, dass sich die Proletarierklasse in der ersten Phase der Revolution mit den armen und mittleren Bauern gegen die herrschenden Schichten verbünden soll.

Die wichtigsten Bestimmungen der Bodenreform waren folgende:

Die Güter der Verräter, Kollaborateure und «Volksfeinde» werden ohne Entschädigung konfisziert. Alle Güter über 50 ha werden gegen Entschädigung expropriert. Von denen, deren Gut grösser als 500 ha ist, wird alles bis zum letzten Quadratmeter weggenommen; diejenigen, deren Gut kleiner als 500 ha, aber grösser als 50 ha ist, dürfen von ihrem Gut 50 ha behalten. Für Verdienste im Befreiungskampf gegen die Deutschen können einzelnen 150 ha belassen werden.

Nach dem unlängst veröffentlichten Endbericht wurden 2,800,000 ha, das ist 34 % der Landesoberfläche, von der Bodenreform erfasst. Davon wurden 1,600,000 ha unter 642,342 Einzelpersonen verteilt. Auf eine Person fielen daher im Durchschnitt 2,5 ha. 1,200,000 ha (hauptsächlich Wälder und Weideland) nahmen der Staat bzw. die Gemeinden in eigene Verwaltung über.

Ueber die Bodenverteilung nach der Agrarreform gibt uns folgende Tabelle Aufschluss:

Grösse der Güter	Zahl der Besitzer	in %	Ihr Anteil am landwirtschaftlichen Boden	in %
bis 2,5 ha	1,392,325	68,8	1,396,000 ha	17,4
2,5—10 ha	539,657	26,7	2,904,000 ha	36,2
10—25 ha	71,236	3,5	1,164,500 ha	14,5
25—50 ha	14,896	0,7	647,500 ha	8,0
über 50 ha ³⁾	5,965	0,3	1,928,900 ha	23,9

III. Die Stellung der katholischen Kirche zur Reform

Die Kirche anerkannte die Notwendigkeit der Bodenreform, sie hielt aber den Zeitpunkt für ungelegen und verurteilte scharf die Art und Weise der Durchführung.

1. Der Zeitpunkt der Bodenreform war ungelegen. Nach einem verlorenen Krieg, im Schatten einer feindlichen Besatzungsarmee, in einem verwüsteten Land darf keine so tiefgreifende Reform durchgeführt wer-

den. Die Bodenreform zieht in der Regel anfänglich eine beträchtliche Verminderung der Produktion nach sich — und die Erfahrungen in Ungarn haben diese Regel mehr als bestätigt —, die in einem ausgehungerten und -geplünderten Lande katastrophal wirken kann.

2. Die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform war unmenschlich und entbehrte jeglicher Ueberlegtheit und Billigkeit. Sie wurde nicht durch die Liebe zu den kleinen Bauern, sondern durch die Rache gegen die alten Grundbesitzer geleitet. Man hat offen verkündigt, dass diese Massnahme Strafe für die Vergangenheit der Grossgrundbesitzer sei.

a) Wer 499 ha Boden hatte, dem wurde noch in manchen Fällen 50 ha gelassen, wer aber über 500 ha besass, dem hat man alles bis zum letzten Quadratmeter, auch sein Haus⁴⁾ und seine ganze Habe, die Leibwäsche inbegriffen, weggenommen, er musste sich noch freuen, mit dem Leben davonzukommen.

b) Für den weggenommenen Grundbesitz waren im Gesetz den Eigentümern Entschädigungen versprochen worden. Die Schöpfer des Gesetzes dachten aber keinen Augenblick daran, dieses Versprechen auch einzulösen, bzw. die gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen. Bis jetzt wurde kein Rappen weder Privaten noch den Kirchen vergütet. Der geheime Zweck des Gesetzes war ja die Zugrunde- richtung der alten Eigentümer. Tatsächlich leben viele von den alten Grundbesitzern in der äussersten Not, manche starben den Hungertod. Durch die Enteignung der kirchlichen Güter hofften die Kommunisten auch die von der Kirche erhaltenen Institutionen, besonders die katholischen Schulen, tödlich zu treffen, die Opferwilligkeit der katholischen Bevölkerung rettete aber diese Institutionen.

c) Bei der Verteilung des Bodens haben Parteiverdienste und nicht die Eignung die entscheidende Rolle gespielt. Auch solche bekamen Güter, die nie die Absicht hatten, ihr Gut zu bebauen, die aber Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Sogar die sozialistische Tageszeitung «Népszava» hat sich über die neuen Grössen beklagt, die nur «sonntäglich auf ihr Gut hinausreisen».⁵⁾ Andererseits haben 200,000 Landarbeiter und Knechte überhaupt keinen Boden erhalten.

d) Den neuen Bauern wurde der blosse Boden ohne Tiere, Maschinen und Geräte übergeben. Oft wurde sogar das Vorhandene von den Russen für ihre Armee oder als Reparation konfisziert. Die Bauern mussten buchstäblich mit ihren Händen die Erde graben und sich und ihre Kinder vor den Pflug stellen. Die Produktion ist auf ein Drittel des Vorkriegsdurchschnittes gefallen. Die Kommunisten sagen darauf: die Kleinbauern könnten ihren Boden nicht rentabel bearbeiten, man müsse die Kleinbetriebe kollektivisieren. Es ist Grund vorhanden, anzunehmen, dass die Kommunisten die Bauern absichtlich in diese schwere Lage brächten, um zum Kollektivisieren Vorwand zu haben. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat sich vor einigen Wochen eine von den Kommunisten zusammengerufene geheime interparteiliche Konferenz bereits mit der Frage der Kollektivisierung befasst.

e) An vielen Orten wurde der Boden nicht auf dem im Gesetz vorgeschriebenen Wege, sondern eigenmächtig, unter dem Motto: «Im Leben gilt des

³⁾ Die Güter über 50 ha sind nur zum geringen Teil im Privatbesitz, den grössten Teil dieser Kategorie machen die Staats- und Gemeinde-Güter aus.

⁴⁾ Es wurden 1509 Schlösser und Herrenhäuser konfisziert.

⁵⁾ Zitiert in der Wochenschrift «Uj ember» 26. Jan. 1947.

Starken Recht», verteilt. Wie die ungarischen Zeitungen berichten, kommen willkürliche Bodenverteilungen auch heute noch vor, obwohl die Agrarreform offiziell schon beendet ist. Jetzt sind die «Kulaken», die Bauern mit über 25 ha Boden die Opfer. Es ist auch vorgekommen, dass bereits verteilte Güter wieder und wieder neu verteilt wurden.⁹⁾ Der verteilte Boden ist noch immer nicht

⁹⁾ Siehe «Uj ember» 26. Jan. 1947.

in den Grundbüchern auf die neuen Eigentümer überschrieben; die Kommunisten verzögern absichtlich diese rechtliche Uebergabe, damit sie so eine Waffe gegen die Bauern in der Hand haben. Die rechtliche Unsicherheit vermindert aber die Arbeitslust der Bauern.

Nach den obigen Ausführungen wird es jedem Einsichtigen klar werden, warum die Kirche der ungarischen Agrarreform ihre Zustimmung nicht geben konnte.

Spanien: Wenig bekannte Tatsachen

Man mag zu den innenpolitischen Verhältnissen in Spanien stehen wie man will, man mag auch frei bekennen, dass manche Einrichtungen und Massregeln sehr wenig sympathisch berühren. Aber es geht nicht an, ständig Tatsachen zu verschweigen, die auch beachtet sein müssen, um ein gerechtes Urteil zu fällen. Wir wollen im folgenden aus dem neu erschienenen Buche von Manuel Imenez Quilez «Spanien und die UNO» (Thomas-Verlag, Zürich) zwei solche Tatsachen herausgreifen, die auch international von Interesse sind.

1. Der Goldschatz Spaniens in den Händen Russlands.

Unter der roten (sozialistischen) Regierung im Oktober 1936 ist fast der gesamte Goldschatz der Bank von Spanien im Werte von 1,500,000,000 Goldpeseten nach Russland geschafft worden. Mit diesem Geld ist natürlich leicht eine «Exilregierung» eine Zeitlang zu unterhalten, zu «organisieren» und ein systematischer Pressefeldzug ins Werk zu setzen, von Bestechung und Unterstützung von revolutionären «Widerstandsgruppen» nicht zu reden.

Diese Entführung des Goldschatzes hatte natürlich nicht bloss politische Folgen, sondern auch sehr empfindliche wirtschaftliche, aus denen sich manche Schwierigkeiten, zumal die Devisenknappheit Spaniens, erklären. Auf Seite 127 wird diese «Sicherstellung» mit genauen Angaben geschildert.

Die Goldreserven der Bank von Spanien, der Reichtum, der allen Spaniern gehörte, die Frucht der Anstrengungen vergangener Generationen und die Gewähr für die wirtschaftliche Sicherheit in der Zukunft, sind heute nur noch eine der Geschichte angehörende Erinnerung. Der Handstreich gegen den Staatsschatz wurde von Moskau ausgeheckt und in unverkennbarer kommunistischer Art und Weise durchgeführt. Salvador de Madariaga, der Wankelmütige, schildert in seinem Buche «Spanien» den Raubzug, den wir niemals vergessen werden. Heute wiederholt sich die Taktik, welche die UdSSR so erfolgreich in Spanien angewandt hat, mit dem Raube des Schatzes von Dongo in Italien.

Die Sowjetunion traf die grössten Vorsichtsmassnahmen, um Negrin möglichst eng an sich zu ketten. Am 25. Oktober 1936 waren in Cartagena 7800 Kisten mit Gold für Odessa eingeschifft worden. Finanzminister war Negrin, Largo Caballero Präsident des Ministerrates und Kriegsminister, und Indalecio Prieto Minister für Marine und Luftfahrt. Das Portefeuille des Auswärtigen hatte Julio Alvarez del Vayo. Prieto, einer jener Sozialisten, die das Geheimnis der Öffentlichkeit enthüllten, erklärt, er habe von dem Zwischenfall bis zur Einschiffung des Goldes nichts gewusst, und auch dann nur durch einen Zufall davon erfahren. 510,079,592 Gramm Gold, entsprechend einem Wert von 1,581,642,100 Goldpeseten oder 63,265,684 Pfund Sterling wurden nach Moskau gesandt.

Das Gold wurde unter der Bewachung von vier Funktionären der Bank von Spanien nach Moskau geschickt, diesen hatte man

erzählt, die Reise ginge nach Frankreich. Am 6. November kamen sie mit dem Schatze in Moskau an. Wie Herr Pietro angibt, wurden Nachzählung und Prüfung mit unglaublicher Langsamkeit vorgenommen, bis sich schliesslich die spanischen Funktionäre klar wurden, dass es sich lediglich um eine Komödie handle, um sie möglichst lange in Russland festzuhalten. Nachdem sie auf diese Art zwei Jahre in Russland zurückbehalten wurden, liess man sie nur einzeln abreisen und befahl ihnen, möglichst weit voneinander Wohnsitz zu nehmen; einer blieb in Stockholm, ein anderer in Buenos Aires, ein dritter in Washington, der vierte in Mexiko. Inzwischen verschwanden die hohen Sowjetbeamten, einschliesslich des Volkskommissars, die mit dieser Angelegenheit beauftragt waren, auf verschiedene Art und Weise. Plötzlich stand Russland an zweiter Stelle nach Südafrika an der Spitze der Goldexportländer. «Wohlunterrichtete» Kommunistenfreunde raunten uns geheimnisvoll ins Ohr, hinter dem Ural seien neue Goldminen entdeckt worden. Es waren die Kisten der Bank von Spanien. Negrin hingegen veröffentlichte am 20. Januar 1937 eine offizielle Note, in der er leugnete, dass die spanische Goldreserve jemals ausser Landes gebracht worden sei.

2. Die internationalen Revolutionäre im Bürgerkrieg von 1936

Es ist bekannt, dass schon Lenin Spanien als zweites Land der kommunistischen Revolution genannt hatte. Wie sehr dieser Bürgerkrieg eine internationale kommunistische Angelegenheit war, welchen Wert man ihm beimass, und in welchem Ausmass er als Schule des internationalen Kommunismus gelten muss, ergibt sich aus folgenden Tatsachen und Namen.

Nach offiziellen Zahlen betrug bei Beginn der nationalen Erhebung am 18. Juli 1936 die Gesamtzahl der Anhänger der Kommunistischen Partei Spaniens etwa 330,000. Diese Ziffer setzte sich aus 50,000 aktiven Parteimitgliedern, 230,000 Anhängern der Kommunistischen Jugend und der Confederación del Trabajo Unitaria (Kommunistische Gewerkschaften), 50,000 Mitgliedern des Arbeiter- und Bauernblocks (Bloque obrero y Campesino), der IV. Internationale und der Kommunistischen Partei Kataloniens zusammen.

Die spanische Kommunistische Partei erreichte — von der Errichtung der Republik bis zum Beginn des Bürgerkrieges — die Kontrolle über folgende Organisationen:

Sindicatos Comunistas (Kommunistische Gewerkschaften)
Asociación de Amigos de la Unión Soviética (Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion)
Socorro Rojo (Rote Hilfe)
Federación Deportiva del Trabajo (Sportvereinigung der Arbeit)
Comité Nacional contra la Guerra y el Fascismo (Nationaler Ausschuss gegen Krieg und Faschismus)
Asociación de Escritores y Artistas Revolucionarios (Gesellschaft revolutionärer Schriftsteller und Künstler)
Unión de Estudiantes (Studentenbund)
Unión de Mujeres Proletarias (Bund proletarischer Frauen)
Unión de Pioneros (Pioniere)
Federación del Teatro Obrero y Cine Club (Vereinigung Arbeiter-Theater- und Kinoklub)
Internacional de Artistas (Internationale der Künstler).

Die besonders seit April 1931 durch die Spanische Kommunistische Partei errungenen Erfolge (offiziell anerkannt durch das Exekutivkomitee der Komintern im Februar 1932) bewirkte, dass die kommunistischen Leiter, den Befehlen Moskaus gehorchend, sich bei Beginn des Bürgerkrieges an die Schaffung neuer Organisationen machten: die bedeutungsvollste von ihnen war zweifellos «Die Milizen». Durch sie kontrollierte die spanische Sektion der Kommunistischen Internationale während des Bürgerkrieges allein im Heer zwischen 400,000 und 500,000 Mann. Bezeichnend ist fernerhin, dass 75 bis 80 Prozent der politischen Kommissare aktiv tätige Kommunisten waren.

Schon während der Regierung Largo Caballero hatten sich mit der UdSSR diplomatische Beziehungen angebahnt, Rosenberg war der erste Sowjetbotschafter in Madrid. Seine Rolle beschränkte sich keineswegs auf die eines Beobachters. Er nahm an den Sitzungen des Ministerrates teil und mischte sich in die spanischen Angelegenheiten «mit der Autorität eines Mannes, der die Waren aushändigt». (Salvador de Madariaga, a. a. O. Seite 636.) Offensichtlich legte er wenig Gewicht auf Formen. Er besuchte wiederholt den Präsidenten des Ministerrates in Begleitung seines Generalstabes mit der Aufforderung, die wichtigsten Posten innerhalb der Staatshierarchie mit aktiven Kommunisten zu besetzen.

Der in London herausgegebene «Continental News Service» veröffentlichte am 24. Januar 1947 folgende aufschlussreiche Angaben:

Die Internationalen Brigaden.

Die Initiative zur Formung dieser Einheiten war von zwei Männern ausgegangen: von Georgi Dimitroff, damals Generalsekretär der Komintern, und von André Marty, dem französischen Kommunisten, der 1919 in Odessa die Erhebung französischer Seeleute organisiert hatte.

Der Plan Dimitroffs wurde mit Hilfe aller Sekretäre der nationalen Sektionen der Komintern in Moskau in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Marty wurde mit dessen Ausführung beauftragt, er wählte sich einen militärischen Berater, Oberstleutnant des roten Heeres und Mitglied der kommunistischen Partei, Karol Swierzewski, der als «General Walter» eine Brigade in Spanien befehligte und gegenwärtig Minister für nationale Verteidigung in der polnischen provisorischen Regierung ist. Unterstellt wurden ihm ferner, als politische Berater, Klement Gottwald, Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei und gegenwärtig Ministerpräsident der Tschechoslowakei, und als Berater für Organisationsfragen Luigi Longo, Vizesekretär der italienischen kommunistischen Partei, der als «Luigi Gallo» Generalkommissar der Internationalen Brigaden war und später Gruppen von kommunistischen Freischärlern, die «Freiwilligen der Freiheit», in Norditalien organisierte und befehligte, eben ist er Deputierter der italienischen verfassunggebenden Versammlung. Die Laufbahn der andern Mitglieder der Internationalen Brigaden, besonders die der «Politischen Kommissare» — die nach dem Muster des roten Heeres allen Einheiten zugeteilt waren —, sind nach 1939 ebenso mannigfaltig gewesen, viele bekleideten später mehr oder minder bedeutende Stellungen.

Deutsche.

Ueber die Deutschen, deren Anzahl in den Brigaden beträchtlich war, ist weniger bekannt. Ludwig Renn, früher in der Kaiserlichen Garde, ein talentierter Schriftsteller, Major in der Brigade Thälmann, hat nach dem Beispiel von Köstler mit den Kommunisten gebrochen und lebt heute in Mexiko. Einer der

Offiziere des Generalstabes der genannten Brigade, Hans Kahle, war zunächst in Kanada interniert, dann aber in Freiheit gesetzt und in Grossbritannien sehr tätig, er befindet sich heute von neuem in Deutschland.

Franzosen.

Der Vertreter von Marty in Spanien und politischer Kommissar im Generalstab der Brigaden, Auguste Lecouer, war bis Dezember 1946 Unterstaatssekretär im Industrie-Ministerium in Frankreich. Ein anderer politischer Kommissar, Maurice Lampe, ist gegenwärtig Generalsekretär der Organisation der frühern Kriegsteilnehmer, François Vittori, ein anderer früherer politischer Kommissar in Spanien, organisierte den Widerstand in Korsika und ist heute Deputierter der Französischen Kammer. General Vincet, Offizier im höhern Generalstab in Spanien und Offizier der regulären französischen Armee, gehört dieser aufs neue an, ebenso wie Oberst Roy-Tanguy, früher politischer Kommissar der 14. Brigade «La Marseillaise». Die politischen Kommissare bei den Kompagnien, Barthélemy Chaintron und Charels Tillon, sind heute hohe Würdenträger der vierten Republik.

Italiener.

Von den Italienern ist Luigi Longo-Gallo bereits erwähnt. Der politische Kommissar der Brigade «Garibaldi» war, im Gegensatz zu den andern politischen Kommissaren, Sozialist und nicht Kommunist, nämlich «Pietro Nenni», der kürzlich als Erster Vizeminister und Aussenminister der Regierung De Gasperi seine Demission gab. Von italienischen Offizieren und politischen Kommissaren der Internationalen Brigaden ist Radolfo Paciardi Deputierter und Chef der republikanischen Partei, Giuseppe di Vittorio Sekretär der Syndikate, Guiliame Payeta Deputierter und Präsident der Jugendfront, Francesco Scotti ist Sekretär der Italienischen Kommunistischen Partei in Mailand, Illio Borontini Deputierter und Sekretär der Kommunistischen Partei in Leghorn, Giovanni PESCO ist Sekretär der Vereinigung der Freischärler in Mailand, Clemente Maglietta ist Sekretär der Syndicate in Neapel, Velio Spani Deputierter und war bis Montag Unterstaatssekretär im Ackerbau-Ministerium, Eduardo d'Onofrio ist Deputierter und Mitglied des «Politbüro» der Italienischen Kommunistischen Partei.

Jugoslawen.

Bei ihnen nimmt Joseph Broz - Tito den ersten Rang ein. Wie der «Tomanek» genannte tschechoslowakische Ingenieur war er Hauptverbindungsoffizier zwischen den internationalen Brigaden und dem Komintern in Moskau. Heute ist er Marschall und Chef der Jugoslawischen Volksrepublik. Ivo Rukassinov, Offizier in den Internationalen Brigaden, ist gegenwärtig General im jugoslawischen Heer und Chef-Adjutant des Hohen Generalstabes. Die Herren Slatitch, Branko Ribkar und Dusani sind heute gleichfalls Generäle im jugoslawischen Heer. Der politische Kommissar Bore Naksov ist jetzt Oberst und übt das Amt des Sicherheits-Chefs in Belgrad aus. Janko Gregov ist Sekretär der Präsidentschaft des Gewerkschaftsrates in Belgrad.

Tschechen.

Der Kommandant der Tschechischen Batterie von Gottwald, Bohumil Lostovicek, ist jetzt Direktor des tschechischen Rundfunks. Der politische Kommissar der gleichen Batterie, Lace Holdos, ist Vizepräsident des slowakischen Nationalrates. Der Kommandeur des Bataillons «Masaryk», Milos Nekvasil, ist gegenwärtig Chef der tschechischen Zensur. Joska Spirk ist gegenwärtig Präsident der Union tschechisch-mährischer Metallarbeiter. Ilya Bart ist Sekretär der Union tschechischer Schriftsteller. Der Oberste der 15. Internationalen Brigade, Jiriz Horsky, ist Oberleutnant im tschechischen Heere und Chef-Adjutant des Informations-Dienstes. Leopold Horrmann, Hauptmann in der Brigade «Dimitroff», ist gegenwärtig Chef der tschechischen Sicherheitskräfte.

Oestliche «Volksdemokraten».

Der Vizeminister für Industrie in der Provisorischen Polnischen Regierung, Oberst Szyr, war politischer Kommissar des Bataillons «Palafox» in Spanien. Mietowski, Major bei der Brigade Babrowski, ist heute Vizeminister für Sicherheit in der genannten Regierung. Oberst Torunczyk, gleichfalls früherer politischer Kommissar, ist Vizeminister für die wiedergewonnenen Gebiete. Der frühere Oberst der Brigade Dabrowski, Tedeusz Oppmann, ist Adjutant des Militärattachés von Polen in Paris und Chef des Rekrutierungsbüros für neue Internationale Brigaden. Ksiezarezyk, der in Spanien ein Bataillon befehligte, ist heute Kommandant der U. B. (Sicherheitspolizei) in Krakau. Mieczyslaw Szleyem, ein anderer politischer Kommissar, bekleidet heute

das Amt des Direktors der Schule für politische Erziehung für Offiziere in Lodz.

Der gegenwärtige Direktor des Radio Varna in Bulgarien, Karanov, war Hauptmann der Nachrichtenabteilung des Generalstabes der Internationalen Brigaden, Trajan Nenov, Chef der Sanitätsabteilung der 12. Brigade, ist heute Generalsekretär der Vereinigung Bulgarischer Kämpfer. Georgi Tochev, Tank-Offizier in Spanien, ist heute Direktor der Tankschule in Plodiv.

Walter Roman, früherer politischer Kommissar, ist heute Oberst und Beauftragter der Propaganda-Abteilung des Ministeriums für Nationale Verteidigung in Bukarest.

Ladislav Rajk, Chef Adjutant des Informationsdienstes im Generalstab der Brigaden, ist heute Innenminister von Ungarn. Doktor Ferenc Munnich, früherer politischer Kommissar, ist gegenwärtig Polizeipräsident von Buda-Pest. Miklos Szalvai, der in Spanien eine Unterhaltungsgruppe unter dem Decknamen «Chapayev» leitete, ist heute Generaloberst und Chef des Sicherheitsdienstes des ungarischen Heeres.

Nordamerikanische, britische, norwegische und holländische Staatsangehörige, die vor zehn Jahren in die Internationalen Brigaden eintraten, bekleiden in ihren Heimatländern noch keine wichtigen Posten.»

Schweizer.

Otto Brunner Zürich: Mitglied der Parteileitung und des Vorstandes der P.d.A., Regierungsrats- und Nationalratsersatzkandidat der P.d.A., Zürich. Im spanischen Bürgerkrieg Kommandant des Sturmbataillons «Tschapajew».

Werner Nef: Im Parteivorstand der P.d.A. Seit Herbst 1947 mit Karl Hofmaier, Basel, zusammen Herausgeber der monatlichen kommunistischen «Weltpolitik». War Offizier bei den Partisanen.

Dr. Hans Mühlestein, Celerina, im Parteivorstand

der P.d.A. Beteiligt am Mundusverlag in Basel. War als Reporter an verschiedenen Fronten in Spanien.

Achthundert Schweizer waren in Spanien, 300 sind gefallen.

* * *

Viele dieser Namen sind heute international bekannt. Ihre Träger spielen nicht bloss in ihren Ländern, sondern auch in der Kominform eine entscheidende Rolle. Welche Politik Europa von ihnen zu erwarten hat, deuten im jetzigen Zeitpunkt nicht nur ihre Taten im Bürgerkrieg, sondern auch die Auseinandersetzungen in Frankreich und Italien zur Genüge an. Welches aber die Lage nicht nur Frankreichs und Italiens, sondern ganz Europas wäre, wenn in Spanien der Kommunismus regierte, kann man sich leicht vorstellen.

* * *

Die Schrift Quilez geht natürlich nicht auf die ganze heikle Problematik Spaniens ein. Aber sie ist interessant und bringt Dokumente, die auf wichtige internationale Zusammenhänge und Gefahrenherde ein Licht werfen. Vor allem wird auch die Haltung Spaniens gegenüber den Achsenmächten während des Krieges aufgezeigt. Dass Dokumente, die eindeutig den zwar elastischen, aber doch immer wieder energischen Widerstand Francos gegen die Hitlerpläne darlegen, bei den UNO-Verhandlungen z. T. übergangen wurden, erscheint im Buche des Thomas-Verlages als bewusste Tendenz linksgerichteter und sektiererischer Kreise.

Ex urbe et orbe

I. Zur inneren Problematik der Sozialdemokratien

Die grosse Spannung, die wir vom alten ins neue Jahr hinübernehmen mussten, ist der politische Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Es handelt sich aber nicht bloss um den Gegensatz zweier Länder, worauf mit Recht Molotow am 6. November 1947 an der Moskauer Revolutionsfeier aufmerksam gemacht hat, sondern zweier Bewegungen, der kommunistischen auf der einen und der westlichen oder demokratischen Zivilisation auf der anderen Seite. In diese Spannung sind auch die sozialdemokratischen Parteien und Bewegungen verschiedener Länder einbezogen und da in letzter Zeit eine Reihe Verlautbarungen aus ihren Kreisen vernehmlich wurden und es sich um bedeutende Bewegungen handelt, ist eine kurze Rechenschaft über die sozialdemokratische Haltung von einigem Interesse.

Zunächst muss festgestellt werden, dass sich die Sozialdemokratien der amerikanisch-russischen oder demokratisch-kommunistischen Spannung gegenüber uneinheitlich verhalten. Am ehesten kenntlich macht sich diese Uneinheitlichkeit an den bisherigen internationalen sozialdemokratischen Konferenzen, und zwar hauptsächlich bezüglich der Frage um die Neukonstituierung einer sozialistischen Internationale. An der ersten Konferenz Mai 1946 in Clacton on Sea (England) waren es die Delegierten der osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien, die nach einer neuen Internationale verlangten, und von deren Stärke und Geltung sie die eigene Fortexistenz als wirkliche sozialdemokratische Parteien erwarteten. Die Parteien des Westens hielten aber den Zeitpunkt für die Wiedererrichtung der Internationale für noch nicht gekommen und stimmten mit der Begründung dagegen, dass jeder Schritt vermieden werden müsste, der die Sowjetunion provozieren könnte. Ein Jahr später, an der Konferenz in Zürich im Mai 1947, waren die westeuropäischen Sozialdemokratien an der Wiedererrichtung der Internationale interessiert. Aber die Sozialdemokratien des Ostens hielten eine Internationale eher für hinderlich. Hinderlich nämlich für die nach ihrer Meinung in erster Linie notwendige Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen

Parteien und für die notwendige Verständigung mit der Sowjetunion. Für die wirtschaftlichen Belange der internationalen Arbeiterschaft sei die Gewerkschaftsinternationale neuerrichtet worden — machten jetzt die Sozialdemokraten Polens, Ungarns usw. geltend und zu ihrer Unterstützung die gesamte kommunistische Presse — die politischen Belange seien von Nation zu Nation so verschieden, dass eine Internationale der Sozialdemokraten eher hinderlich sei als förderlich. Habe doch auch aus gleichen Erwägungen Stalin im Jahre 1943 die Kommunistische Internationale aufgelöst. Das hinderte die Kommunisten aber nicht, schon wenige Wochen später ihre eigenen Kräfte international einheitlich zusammenzufassen und dafür die Kominform von Belgrad zu schaffen. Darum sehen wir das Thema der sozialdemokratischen Internationale schon wieder auf der Traktandenliste der Konferenz von Antwerpen Ende November 1947. Es kam aber auch diesmal nur zur Verschiebung der Angelegenheit, die aber auf der bereits angekündigten vierten Konferenz Ende Februar 1948 in England wiederum als Verhandlungspunkt erscheinen wird. Die osteuropäischen Sozialdemokraten und vielleicht auch einige Delegierte des Westens (denken wir nur an die Gruppe Nenni in Italien) werden sich bestimmt widersetzen und es wird die Frage sein, was die Mehrheit vorziehen wird: die Spaltung der Sozialdemokratie oder die Internationale.

Aber auch dort, wo die Sozialdemokraten für die selbständige Internationale und die Unabhängigkeit vom Kommunismus und der Sowjetunion sind, ist ihre Haltung damit noch nicht einheitlich. Als Beispiel dafür sei nur auf die diesbezüglichen kürzlichen Äusserungen von seiten der schweizerischen Sozialdemokratie und aus englischen Labourkreisen hingewiesen. Die schweizerische sozialistische Haltung legt Wert auf eine Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion, wenn diese Zusammenarbeit dem friedlichen Austausch von Gütern und kulturellen Errungenschaften dient, ohne Hintergedanken und ohne Versuche, die Länder Europas, insbesondere unser eigenes Land, in die nationalen oder machtpolitischen Pläne der Sowjetunion zu verwickeln» und gleichzeitig darauf, dass die Schweiz «sich zwischen den polarisierenden Zonen der Macht

im Westen und im Osten selbständig» behauptete. Die Haltung Attlees und der englischen Labour dagegen spricht sich viel kühler und uninteressierter gegenüber der Sowjetunion aus.

Ein anderer für die sozialdemokratische Haltung massgeblicher Punkt ist der ihr heute aufgenötigte Kampf gegen die Kommunisten im eigenen Land. Das engere Kampffeld bilden dabei die Gewerkschaften, die mit viel Mühe und Einsatz von kommunistischen Funktionären gesäubert werden müssen. Wir wissen, wie infolge der grossen Vertrauensseligkeit gegenüber den Kommunisten in den ersten zwei Nachkriegsjahren die Kommunisten die Möglichkeit hatten, ihre Leute in die Schlüsselstellungen zu bringen. Von unten her wurden diese Leute hineingebracht, von oben her werden sie jetzt festgestellt und entfernt. Wie die kommunistische Infiltration vor sich ging, zeigt ein Beispiel aus der Schweiz, das sogar neuen Datums ist. Ein gewisser Verband der freien Gewerkschaften zählt ca. 600 Mitglieder. An der Generalversammlung, welche die Funktionäre neu zu bestellen hatte, waren 120 anwesend, davon 90 Leute der Partei der Arbeit. Die Kommunisten der PdA waren so ziemlich vollzählig anwesend. Von den 500 Nichtkommunisten sage und schreibe 30 Mann! Natürlich wurden die PdA-Kandidaten gewählt. Das Beispiel zeigt, dass in den sozialdemokratischen Massen entweder eine allgemeine Schläffheit herrscht oder doch die Abwehr gegen die kommunistische Infiltration durchaus nicht geweckt ist.

Damit kommen wir zu einem weiteren Punkt, der die sozialdemokratische Haltung charakterisiert: Es fehlt die geistige Bewegung. Bewegung herrscht im Kommunismus, der mit einer Art Mystik seine Anhänger bannt und sie mit einem Quasi-Dogma total erfasst. Bewegung und Leben sind im Sozialdemokratischen aber gering, weil seine Leute sich nicht als Menschen, sondern nur als Lohnempfänger angesprochen fühlen. Es fehlen die eigenen Grundlagen, und was vom Liberalen her noch da ist, das ist schwach, und das Christliche ist nur ganz verkümmert.

Das Christliche ist aber wenigstens noch soweit da, dass einzelne Sozialistenführer bei Gelegenheit ihr Bekenntnis dazu noch aussprechen oder wieder aussprechen können. Ein Beispiel dafür bietet die Erklärung von Stafford Cripps anfangs Januar in London, wo er vor einer evangelischen Konferenz das Christentum als die Seele der Demokratie bezeichnete. «Wenn wir uns einzig und allein materialistischen Betrachtungen hingeben», sagte er, «werden wir feststellen, dass die Demokratie totalitären Methoden weichen wird». Es ist nicht eigens zu sagen, gegen was für totalitäre Methoden Cripps sich heute ausspricht. Aber leider ist es mit einzelnen Aussprüchen, die zu weiter nichts verpflichten, nicht getan. Zur Abwehr von totalitären Methoden kommt es nicht bloss auf den einen oder andern sozialistischen Führer an, sondern irgendwie auch auf das sozialistische Parteivolk, das im Herzen des Einzelnen die grundlegende christliche Einstellung verankert haben muss. Gesagt haben das früher schon manche andere Sozialisten. Für die Verchristlichung geschehen ist nichts. Für das breite Leben in der Partei liess man es bei dem materiellen Interessenmotiv bewenden, für den ethischen Gedanken tut man nicht viel und vor dem christlichen Gedanken schloss man gar geflissentlich die Tür.

II. Das Ideal der Gleichheit im Kommunismus

Nicht selten stösst man heute auf die Meinung, es sei zwar durchaus bedenklich, ja im höchsten Grade verwerflich, wie der Kommunismus in Russland sich an der Macht halte, wie er in den Oststaaten die Positionen erobere, aber es handle sich eben um eine neue Ordnung sozialer Gerechtigkeit, die nur auf dem Wege der Gewalt errichtet werden könne. Es ist aber sehr gut, dass in Russland der Kommunismus nun 30 volle Jahre an der Macht ist, so dass man sich von der neuen Sozialordnung ein Bild machen kann. Einem neueren Bericht können wir allerlei interessante Angaben entnehmen, die uns über das Ideal der Gleichheit in dieser Ordnung die letzten Illusionen zerstören. Die Einkommens-Unterschiede sind in Russland ebenso gross wie in andern Ländern. Redakteure schwedischer sozialistischer Zeitungen, die anlässlich des Abschlusses des schwedisch-russischen Handelsvertrages in Russland waren, berichten

uns darüber. Die Mehrzahl der russischen Arbeiter verdient im Monat 200—250 Rubel. Staatsbeamte, Generale, Wissenschaftler, sowie die «Stachanows» erreichen dagegen ein Monatseinkommen von 2000—10,000 Rubel, ja durch Aemterkumulierung und «Nebeneinnahmen» oft 15,000—20,000 Rubel. In den Arbeiterfamilien sind deshalb auch die Frauen und Jugendlichen zu schwerer Erwerbsarbeit gezwungen, falls sie das zum Leben Notwendige sich verschaffen wollen. Ähnlich sind die Verhältnisse in der Armee. Ein einfacher Soldat erhält 10 Rubel im Monat, ein Leutnant 1000 Rubel, ein Oberst 2400 R. (In der englischen Armee ist das Verhältnis zwischen dem Sold eines einfachen Soldaten und einem Subalternoffizier 1 zu 4, in der amerikanischen Armee 1 zu 3; in der russischen dagegen 1 zu 100!) Die Theorien vom «Mehrwert» und vom arbeitslosen Einkommen der Bourgeois waren also gut genug als Propagandamittel — um an die Macht zu kommen. Uebrigens handelt es sich hier nicht nur um Einkommensverhältnisse, die durch den Krieg geschaffen wurden. Schon aus dem Jahre 1935/36 liegen ganz ähnliche Verhältniszahlen vor: von 200 Rubeln bis zu 20,000 Rubeln im Monat, innerhalb der Fabrikarbeiterschaft bestanden damals nicht weniger als 80 Lohnstufen! Dass sich aus diesen Unterschieden dann die Standesunterschiede von selbst wieder ergeben (oder vielleicht vorausgehen!), ist klar, es gibt Besitze und Habenichtse. Es bestehen auch zwei Systeme des Lebensmittelverkaufes und des Verkaufes aller Bedarfsartikel. Zum Leben notwendige Waren sind rationiert und in den «Rationshandlungen» zu erschwinglichen Preisen erhältlich. Aber ihre Menge ist so beschränkt, dass die Rationen oft nicht eingelöst werden können. Daneben gibt es «kommerzielle Handlungen», in denen dieselben Lebensmittel zum mehrfachen Preise ohne Rationierungsmarken immer zu haben sind, und dazu alle beliebigen Delikatessen und Luxusartikel. Brot wird hier 30 mal teurer verkauft als in den Rationshandlungen. Darüber hinaus haben die höchsten Spitzen des Staates und Heeres spezielle Geschäfte und Restaurants. Im «Metropol», «National», «Aurora» bezahlen diese Privilegierten vier Monatslöhne eines russischen Arbeiters für ein Souper von zwei Personen. So sieht es im «Vaterland aller Werktätigen» aus. Nur dass es dort kein Recht zum Streike gibt, keine freie Presse, keine Demonstrationen gegen Ungerechtigkeiten. Moskau bezahlt dafür solche in den westlichen Ländern und ruft sie künstlich hervor, wenn man sie politisch für notwendig erachtet.

Das Ideal dieser ungleichen Gleichheit wird aber auch in Tito-Jugoslawien angestrebt. Die Zeitung «Democraoija» (Görz, 26. 12. 1947) entwirft ein «typisches Bild von der progressiven Gleichheit der neuen Ordnung»: Für Offiziere und ihre Familien wird in besonderen Militärkonsumen gesorgt, in denen sie sich mit allem, was sie begehren, eindecken können, während die übrige Bevölkerung oft die nötigsten Dinge entbehrt. Zu den Privilegierten gehören ausserdem natürlich die kommunistischen Funktionäre. Sie haben als «Regierungsdelegierte» in sehr vielen Zweigen der Wirtschaft das Entscheidungsrecht trotz ihrer fachlichen Untauglichkeit, die Verantwortung aber müssen dann doch die Fachleute tragen. So war es leicht, «Sabotageprozesse» zu inszenieren, bei denen die unschuldigen Fachmänner für die Folgen der unsinnigen Entscheidungen, die von «oben» kamen, büssen mussten. Um die Wirtschaft überhaupt am Leben zu erhalten, musste man zu den so scharf verurteilten Mitteln der kapitalistischen Gesellschaft die Zuflucht nehmen. Die Arbeitszeit wurde wieder ausgedehnt. Der erste Weg dazu war die «freiwillige» Arbeit nach der Normalzeit. Dann kam die «freiwillige Sonntagsarbeit» hinzu, weiter die Arbeit in der vorgeschriebenen Urlaubszeit, in den «freiwilligen Arbeitsbrigaden». Noch einschneidender wirkt die akkordartige Lohnbemessung. Man führte «Normen» der Arbeitsleistung ein, die erhöht wurden, als sie sich als erreichbar herausstellten. Rekorde besonders geschulter und speziell bezahlter Arbeiter werden als Normen für alle aufgestellt, wenn sie den ordentlichen Lohn erhalten wollen. Würde man solche Praktiken in den «plutokratischen» Ländern nicht als «Ausbeutung der Arbeiterklasse» verfeimen? Aber man glaubt eben an das kommunistische Paradies der Gleichheit und Gerechtigkeit, während man die sozialen Enzyklen der Päpste ignoriert, und den Papst selbst als Anhänger der «Wallstreet-Millionäre» verketzert.

Kirche und Staat

Wir werden in nächster Zeit hier einige lexikonartige Artikel bringen, die zu einer grundsätzlichen oder ganz aktuellen Frage Stellung nehmen. Es kommt uns dabei nicht so sehr darauf an, alle Feinheiten aufzuzeigen, als die Gesamtfrage aufzuwerfen und die katholische Lösung vorzulegen.

Was sagt die Kirche über das grundsätzliche Verhältnis von Kirche und Staat?

Das Verhältnis von Kirche und Staat kann grundsätzlich auf vier verschiedene Arten beurteilt werden. In der Geschichte der Kirche sind alle vier Lösungen bereits versucht worden.

1. Lösungsversuch: Staatskirchentum bedeutet, dass die Kirche dem Staat untergeordnet wird. Die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche wird dadurch eingeschränkt oder gar völlig aufgehoben.

Einem solchen Staatskirchentum verfiel die Kirche, kaum den Katakomben entstiegen. Schon im Jahre 355 erhob Kaiser Konstantin II. auf der Synode von Mailand den Anspruch: «Was der Kaiser will, soll als Kirchengesetz gelten.» Noch stärker trat dies unter Kaiser Justinian I. (527—565) und seinen Nachfolgern hervor; die geradezu Glaubensentscheidungen fällten; zum vollendeten Staatskirchentum führte jedoch die Entwicklung im oströmischen Reich, wo nach der Trennung von der abendländischen Kirche (1053) die morgenländische (griechische) Kirche den letzten Rest von Freiheit verlor. Daher nennt man ein extremes Staatskirchentum auch Byzantinismus.

Die Zeit der Karolinger und mehr noch die der Ottonen und salischen Kaiser steht abermals im Zeichen eines wachsenden Staatskirchentums, wobei die Beherrschung der Kirche immer häufiger zu politischen Zwecken gebraucht wird. Erst der Papst Gregor VII. aufgenommene Investiturstreit setzte diesem Zustand ein Ende.

Eine neue Periode des Staatskirchentums setzte zur Zeit des fürstlichen Absolutismus ein. Ihre ausgeprägteste Form finden wir in Oesterreich unter Joseph II.

Die Kirche hat gegen das Staatskirchentum immer wieder Stellung genommen, zumal dort, wo ihre Selbständigkeit grundsätzlich geleugnet wurde. So betonte schon Ambrosius: «Der Kaiser ist in der Kirche, nicht über der Kirche» (386), und Gelasius, noch ehe der Papst war: «Der Kaiser ist ein Sohn der Kirche, aber nicht ein Bischof der Kirche», ebenso traten die Päpste Leo der Grosse (440/461) und Gregor der Grosse (590/604) kraftvoll für die Selbständigkeit der Kirche ein. Der Investiturstreit war ferner nichts anderes, als ein Versuch der Kirche, sich vom Staatsabsolutismus zu befreien, und das Staatskirchentum des Polizeistaates im Stil Josephs II. haben die Päpste seit Pius VI. (Auctorem fidei 1794) wiederholt verworfen.

2. Kirchenstaatstum: Ebensowenig wie die erste Lösung entspricht der gottgewollten Ordnung die entgegengesetzte, nach welcher der Staat schlechthin der Kirche untergeordnet wäre.

a) Den Vorwurf, aus kirchlichem Machttrieb ein Kirchenstaatstum anzustreben, erheben heute protestantische Kreise nicht selten gegen die katholische Kirche.

«Die katholische Kirche dispensiert sich von ihrem Bekenntnis gegenüber einem staatlichen Akt, wenn der Vollzug des Bekenntnisses die Stellung der Kirche im Staat zu schwächen vermöchte. Die Haltung der katholischen Kirche ist nur von dem einen Ziel bestimmt, die Stellung und Macht der katholischen Kirche zu festigen» (Arthur Frey: Aktiver Protestantismus 1943). Damit wird unmissverständlich angedeutet, dass die katholische Kirche, wenn sie es könnte, allüberall ein Kirchenstaatstum errichten möchte.

b) Zum Beweis dieser Behauptung wird gern die sog. «Zweischwertertheorie» angeführt, wie sie

kirchlicherseits im sog. «Dictatus papae» Gregors VII. aus dem Jahre 1075 und in der Bulle «Unam sanctam» Bonifaz' VIII. vom Jahre 1302 vertreten wird.

Nach dieser Theorie, die man auch die «welfische» Ansicht nennt, im Gegensatz zur kaiserlichen (ghibellinischen) hat Gott beide Schwerter (d. i. die weltliche und die kirchliche Gewalt) dem Petrus gegeben; das geistliche Schwert behält der Papst für sich, das weltliche leiht er dem Fürsten und überwacht dessen Handlungen (Staatslexikon III, Sp. 154). Darum kann der Papst Fürsten ein- und absetzen, die Untertanen vom Treueid entbinden usw. Sie wurde auch von manchen Theologen, so z. B. vom hl. Bernhard von Clairvaux (gest. 1141) vertreten.

Manche Päpste suchten auch ihre direkte Gewalt über den Staat aus der sog. «konstantinischen Schenkung» zu beweisen, so z. B. Nikolaus III. 1278.

Niemals ist diese Ansicht mehr als eine Theorie gewesen. Kein Papst hat sie als Glaubenssatz vertreten, weshalb auch zu Lebzeiten der genannten Päpste bedeutende Theologen ungestraft das Gegenteil lehrten. So trat Johannes von Paris 1302 mit aller Schärfe für die Selbständigkeit und unmittelbar göttliche Einsetzung der staatlichen Gewalt ein.

Es ist nicht berechtigt, den genannten Päpsten aus dieser Theorie den Vorwurf herrschsüchtigen Machtstrebens zu machen. Auch protestantische Forscher von Ruf geben heute zu, dass die Päpste aus den Verhältnissen ihrer Zeit und dem Bestreben, das Reich Gottes zu verwirklichen, zu dieser Ansicht kamen. «Insofern», schreibt der von Zürich gebürtige bedeutende protestantische Kirchenrechtslehrer Prof. Ulrich Stutz, «lässt sich der mittelalterlichen päpstlichen Weltherrschaft weder Grösse noch mannigfaches Verdienst absprechen.»

Heute wird die Zweischwertertheorie von keinem Katholiken mehr vertreten, und die Päpste haben, insbesondere seit Leo XIII., die Selbständigkeit des Staates gegenüber der Kirche eindeutig gelehrt. «So hat Gott die Sorge für das Menschengeschlecht zwei Gewalten zugeteilt: der geistlichen und der weltlichen. Die eine hat er über die göttlichen Dinge gesetzt, die andere über die irdischen. Jede ist in ihrer Art die höchste; jede hat aber auch ihre gewissen Grenzen, die ihr durch ihre Natur und ihren nächsten und unmittelbaren Gegenstand gezogen sind» (Leo XIII. Immortale Dei).

3. Lösungsversuch: Trennung von Kirche und Staat. Erst in der Neuzeit versuchte man, diesen Weg zu beschreiten.

Die vollständige Trennung besteht darin, dass alle Religionsgesellschaften gleichmässig auf den Boden des privaten Vereinsrechtes und der allgemeinen Vereinsfreiheit gestellt sind, wie z. B. in den Vereinigten Staaten.

Vielfach freilich trug die Trennung ausgesprochen kirchenfeindliche Züge, d. h. die allgemeine Vereinsfreiheit wurde der Kirche gegenüber in verschiedenen Belangen wesentlich eingeschränkt, z. B. in Mexiko, im heutigen Russland.

Von einer teilweisen Trennung spricht man, wenn die Kirche zwar ihre Angelegenheiten selbst regeln kann, aber die Stellung einer öffentlich rechtlichen Körperschaft genießt, z. B. die protestantische Kirche in verschiedenen Schweizer Kantonen.

Bei Beurteilung dieses Lösungsversuches gilt es zu unterscheiden: praktisch kann eine teilweise oder auch völlige Trennung bei der konfessionellen Verschiedenartigkeit der Bevölkerung die beste erreichbare Form des Zusammenlebens in einem bestimmten Staat sein. In diesem Sinn erklärte der amerikanische Kardinal Gibbons in Rom: «Wir danken Gott, dass wir in Amerika leben, in diesem unserm glücklichen Lande, wo Religion und Freiheit natürliche Verbündete sind... Ohne zu vergessen, dass wir eine junge Nation sind, erkläre ich für meine Person, als Bürger der Vereinigten Staaten, mit einem tiefen Gefühl des Stolzes und der Dankbarkeit, dass ich einem Lande angehöre, dessen staatliche Regierung den Schild des Schutzes über uns hält, ohne in die gesetzmässige Ausübung unserer erhabenen Mission als Diener des Evangeliums Christi sich einzumischen.»

Grundsätzlich jedoch kann die Trennung von Kirche und Staat nicht als Ideal angesehen werden. Trotz aller Selbständigkeit der beiden Gewalten erstrecken sie sich doch auf die gleichen Menschen, überschneiden sich in vielen Gebieten und sollen, wie sie beide von demselben Gott stammen, beide den Menschen auch helfen, ihr ewiges Ziel, das nur eines ist, zu erreichen. Deshalb sind Staat und Kirche aufeinander angewiesen, sie haben sich zu ergänzen. Ideal kann daher nur ein einträchtiges Zusammenwirken von Staat und Kirche genannt werden.

Darum haben die Päpste die grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat mehrfach verurteilt. Zuerst Gregor XVI. (Rundschreiben: «Mirari vos» 1832) gegenüber den Theorien Lamennais. 1864 verwarf Pius IX. im Syllabus den Satz: «Die Kirche soll vom Staat und der Staat von der Kirche getrennt werden.» Leo XIII.: «Kirche und Staat gehören naturgemäss zusammen» (Sapientiae Christianae). Pius X. 1906: «Der Grundsatz, dass Staat und Kirche getrennt werden müssten, ist ein ganz falscher und im höchsten Grad verderblicher Grundsatz.» Ähnlich äusserte sich Benedikt XV. im Jahre 1914.

4. Der letzte Lösungsversuch enthält den Standpunkt, der heute als allgemeine Lehre der Kirche über das Verhältnis von Kirche und Staat angesehen werden kann. Diese Lehre hat von päpstlicher Seite Gregor XVI. (Mirari vos 1832), Pius IX. (Quanta cura 1864), vor allem aber Leo XIII. insbesondere in den beiden Rundschreiben «Ueber die christliche Staatsordnung» (Immortale Dei 1885) und über die Pflichten christlicher Bürger (Sapientiae Christianae 1890) dargelegt. Handelt es sich hier auch nicht um Aeusserungen des unfehlbaren Lehramtes, so finden wir doch in diesen Rundschreiben die autoritative Lehre der Kirche. Danach sind:

a) Staat und Kirche zwei selbständige Gewalten. «Jede in ihrer Art die höchste.» Der Staat hat als Rechts- und Wohlfahrtsstaat dem Menschen zur Erreichung seines natürlichen Zieles zu verhelfen; zur Erreichung des übernatürlichen Zieles hat Christus die Kirche gestiftet. Beide Gewalten haben sich gegenseitig als in ihrem Bereich unabhängig anzuerkennen. Keine hat ihr Recht und ihre Gewalten von der andern, keine darf die andere in ihren wesentlichen Rechten beschneiden.

b) Dennoch besteht zwischen Staat und Kirche keine absolute Nebenordnung. Zunächst gibt es eine Reihe sog. gemischter Angelegenheiten, bei denen die Kompetenz beider Gewalten sich überschneidet, wie die Fragen der Schule, Erziehung, Ehe. Vor allem ist zu bedenken, dass natürliches und übernatürliches Ziel des Menschen nicht nebengeordnet sind. Letztlich hat der Mensch nur ein übernatürliches Ziel, und das natürliche hat diesem zu dienen. Daraus ergibt sich notwendig eine gewisse Ueberordnung der Kirche über den Staat. Dies in doppelter Hinsicht. Erstens: der Staat hat die Kirche in ihren berechtigten Interessen nicht zu bekämpfen, sondern im Gegenteil zu fördern, indem er zum wenigsten negativ ihr alle Möglichkeit der Entfaltung bietet, soweit diese der Erreichung des übernatürlichen Zieles dient. Zweitens: die Kirche hat gegenüber dem Staat eine gewisse mittelbare Gewalt. Sie kann auch in zeitlichen Dingen entscheiden, ob diese mit dem übernatürlichen Ziel in Widerspruch stehen oder nicht. Eine Entscheidung auf Widerspruch z. B. eines Staatsgesetzes zeigt dem Bürger an, dass die Staatsautorität im gegebenen Fall ihre Kompetenzen überschritten hat. Denn auch die Staatsautorität verpflichtet nur, insofern sie von Gott stammt, und man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Leo XIII. drückt diesen Grundsatz so aus: «Es muss der Papst autoritativ feststellen können, was Inhalt der göttlichen Offenbarung ist, welche Lehren mit ihr übereinstimmen oder in

Widerspruch stehen und ebenso zu erklären, was sittlich gut und sittlich böse ist, was man tun und lassen muss, um das Heil zu erlangen, andernfalls könnte er weder Gottes Wort mit Gewissheit auslegen noch die Menschen mit Sicherheit auf den Pfad des Lebens führen» (Sapientiae Christianae).

Pius XII. hat schliesslich in seiner Pfingstansprache 1941 diese Aufgabe der Kirche wie ihre Begrenzung beschrieben: «In der tiefen Ueberzeugung, dass der Kirche nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zustehe, in den sozialen Fragen ein massgebendes Wort zu sagen, richtete Leo XIII. seine Botschaft an die Welt. Er wollte dabei keineswegs Richtlinien aufstellen über die rein praktische, wir möchten sagen, 'technische' Seite der sozialen Struktur; denn er wusste zu gut und war sich ganz klar, dass die Kirche sich keine solche Sendung zuschreibt... Es gibt aber auch eine Seite der Gesellschaftsordnung, wo sie eng an das Gebiet der Moral grenzt und in dieses hinüberreicht. Da ist es nun unanfechtbare Zuständigkeit der Kirche, zu urteilen, ob eine gegebene Gesellschaftsordnung übereinstimme mit der unveränderlichen Ordnung, die Gott, der Schöpfer und Erlöser, durch das Naturrecht und in der Offenbarung kundgetan hat... Denn die Lehren des Naturrechtes und die Wahrheiten der Offenbarung sind wie zwei Wasserbäche, die aus der gleichen göttlichen Quelle fliessen, auf verschiedenen Wegen zwar, doch nicht in entgegengesetzter, sondern in einheitlicher Richtung.»

In neuerer Zeit spricht man hier von einer *Potestativa directiva*, um anzudeuten, dass es sich weniger um eine Befehlsgewalt als um eine Lehr- und Urteilsvollmacht der Kirche gegenüber dem Staat handelt.

c) Daraus ergibt sich die grundsätzliche Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von Staat und Kirche. Beide Teile können daraus nur Vorteile ziehen. Der Staat kann der sittlichen Grundlage nicht entbehren, für deren Festigung der Kirche besorgt ist, die Kirche hinwieder bedarf des staatlichen Schutzes insbesondere bei Erfüllung ihrer erzieherischen Pflichten.

Als praktisches Mittel, die Zusammenarbeit zu sichern, hat sich der Abschluss von Konkordaten und Konventionen immer mehr herausgebildet. Wenn Leo XIII. sagt, dass die Kirche dabei «so viel Nachgiebigkeit und Entgegenkommen zeigt, als nur immer möglich ist», so heisst das nicht, sie huldige praktisch einer grundsatzlosen Machtpolitik. Es gibt Pflichten der Kirche, und es gibt Rechte, die förderlich für das gottgesetzte Ziel der Kirche, aber nicht unbedingt nötig sind. Nur auf letztere kann die Kirche unter Umständen verzichten, um die Erfüllung der ersteren zu erleichtern.

Wie wichtig die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat auch vom allgemeinen menschlichen Standpunkt aus für den Schutz der Freiheit und der Gesamtkultur ist, zeigen das Beispiel der Kirche Russlands und die Erlebnisse der letzten Jahre. Der protestantische Professor W. Röpke z. B. schreibt («Civitas Humana» S. 196):

«Es ist hier nicht der angemessene Ort, die geradezu unermessliche Leistung der Kirche als derjenigen Institution zu würdigen, die in den dunkelsten Tagen des Mittelalters den Funken der Kultur unter der Asche glimmend erhalten und dadurch zu allem weitern den Grund gelegt hat — eine Mission, ohne die Europa eine Halbinsel Asiens geworden wäre. Gerade wer der katholischen Kirche nicht angehört, ist der Wahrheit und Ritterlichkeit eine solche Würdigung in hohem Masse schuldig. Hier kommt es uns darauf an, jeden Zweifel daran zu beseitigen, dass diese Kirche das ganze Mittelalter hindurch, aus welchen Motiven auch immer, als eine ausser- und überstaatliche Macht ein überaus wirksames Gegengewicht des Staates gebildet hat. Ebenso unzweifelhaft aber ist es, dass diese Begrenzung der Staatsmacht aufs neue zu einem brennenden Problem wird, je mehr die Universalmacht der katholischen Kirche dank der Reformation und dank der Nationalisierung der Kirchen beider Bekenntnisse in den einzelnen Staaten zerfällt.»

Literatur:

K. Böckenhoff: 'Katholische Kirche und moderner Staat' (1920, A. M. Koeniger)

Donoso Cortéz: Der Staat Gottes (1933, deutsch von L. Fischer)
 P. Tischleder: Die Staatslehre Leo's XIII. (1925)
 V. Cathrein: Katholik und katholische Kirche (1922)
 O. Zimmermann: Trennung von Kirche und Staat (1919)
 J. Freisen: Verfassungsgeschichte der katholischen Kirche in der
 Neuzeit (1916)

Weitere Belege bieten die Bücher von Christopher Dawson: «Die Gestaltung des Abendlandes» (1935) und von Hugo Rahner: «Abendländische Kirchenfreiheit, Dokumente über Kirche und Staat im frühen Christentum» (Einsiedeln 1943).

Buchbesprechungen

Hans Pfeffermann, die Zusammenarbeit der Renaissance-Päpste mit den Türken. Winterthur 1946 (Mondial Verlag), 8^o (XI und 256 S.).

Das Buch greift eine Sonderfrage aus der Papstgeschichte der Renaissance heraus, die sonst in den umfangreichen Darstellungen etwa bei Ranke oder Pastor vielleicht nicht genügend in den Vordergrund tritt: die positive Zusammenarbeit der Päpste von Pius II. (1461) bis Paul IV. (1559/60) mit der Europa bedrohenden Grossmacht der Türken. Ausgehend von der Doppelstellung des Papsttums als dem Herrn der Kirche und des Kirchenstaates wird gezeigt, wie die Päpste der Renaissance, um ihre politische Stellung in Italien vor der Uebermacht der kaiserlich-habsburgischen und der französischen Bedrohung zu schützen, immer von neuem geneigt sind, ihre traditionelle Aufgabe der kreuzzugsbegeisterten Türkenabwehr zu vergessen und mit den Türken zu kollaborieren. Die wichtigsten Fakten in diesem seltsamen Verhalten sind der Bekehrungsversuch Pius' II. an Mohammed II. (1461); die finanzielle Abhängigkeit, in die sich Alexander VI., die Gefangenschaft des türkischen Prinzen Dschem ausnützend, begibt, und seine Bitte um Türkenhilfe gegen den französischen König Karl VIII., der Neapel erobert hat; der Hilferuf Clemens' VII. an die Türken nach dem Sacco di Roma; der Waffenbündnisplan Pauls III. mit den Türken gegen Kaiser Karl V.; endlich die von den Nepoten Pauls IV. inszenierten Türkenpläne gegen den Kaiser.

Die Frage ist von Bedeutung für die Kenntnis auch der apologetischen Probleme, die uns die Renaissancepäpste aufgeben, und die katholische Geschichtsforschung ist weit davon entfernt, sie zu vertuschen: denn sie ist ja nur ein Teilsymptom der unheilvollen Rolle, in die das Papsttum dieser Zeit durch Politik und Nepotismus geraten ist. Aber es ist dann auch zu fordern, dass die Behandlung einer so bedeutsamen Frage mit historischem Takt und vor allem mit einer Treue zu den Quellen geschieht, die jeder Nachprüfung standhält.

Und hier ist zu buchen, dass das vorliegende Werk solchen Ansprüchen in keiner Weise genügen kann. Wir können hier einfach hinweisen auf eine Besprechung des Buches in dem englischen «Journal of Theological Studies» 48 (1947) S. 241—43, also auf einen gewiss nicht «katholisch» voreingenommenen Kritiker, der ganz richtig feststellt, das Werk sei fast zur Gänze aus Quellen zweiter Hand zusammengeschrieben, die dazu noch allzu oft ungenau zitiert sind. Aber wir wollen so gerecht sein, wie nur möglich und beifügen, dass das Buch sicher recht geschickt geschrieben ist, dass die Sonderfrage gut hineingestellt wird in die Geschichte der europäisch werdenden Grossmacht der Türkei und in die sehr komplizierten politischen Verhältnisse Italiens und der Reformation. Dabei bleibt aber der oben genannte Vorwurf ganz zu Recht bestehen: Literaturangaben und Quellennachweise befinden sich in einem betrübenlichen Zustand, der mit einer Fülle von Einzelheiten belegt werden könnte. Zudem vermissen wir an entscheidenden Stellen die kritische Stellungnahme. So etwa bei den ausführlich (S. 108—111) wiedergegebenen Antwortschreiben des Sultans Bajazet an Alexander VI., wo wir mit keinem Wort vernehmen, dass diese Dokumente noch heute in ihrer Echtheit zum mindesten sehr angezweifelt werden (vgl. dazu, was Pastor III [5.—7. Aufl.] Freiburg 1924, S. 388 ff. in sauberster Quellenbelegung vorlegt). Ebenso in bezug auf die Türkenpolitik Pauls IV., wozu wieder Pastor VI, S. 420, Anm. 2 eine genauere Korrektur ergäbe. So möchten wir die Kritik, die wir diesem Werke entgegenbringen, in die Worte kleiden, die der Verfasser im Vorwort (S. X) von Pastors Papstgeschichte ausspricht: Es ist «nicht unvoreingenommen und seine Darstellung ist nicht immer ohne Vorbehalt aufzunehmen». Leider erfüllt das Buch Pfeffermanns nicht, was er an Pastor lobt: «Die Fülle und Vollständigkeit der bibliographischen Angaben sind von grossem Wert».

Barth Karl: Die Schrift und die Kirche (Theologische Studien, hg. v. K. Barth, Heft 22), Evangelischer Verlag Zollikon-Zürich, 1947, 44 Seiten.

Barths Schrift hält nicht ganz was der Name des Verfassers verspricht. Ueber die Autorität und Bedeutung der Bibel reden ist für ihn ein Sichbewegen in einem «Kreis der Wahrheit», welchen er «weder von innen noch von aussen» öffnen kann, d. h. eine vollständig irrationale Angelegenheit. Wieviel ansprechender ist die historisch und philosophisch unterbaute katholische Lehre vom Wert der Hl. Schrift. — Nicht besser ist der zweite Teil des Schriftchens. Die Kirche wäre nach B. die Gemeinschaft derer, die durch die Bibel Christus erfahren. Diese Erfahrung jedoch würde zunächst nur eine Vielheit Gleichgesinnter hervorrufen; wie sie sich zur Einheit einer Kirche gestaltet, weiss B. nicht anzugeben.

Kümmel Werner Georg: Verheissung und Erfüllung. Untersuchungen zur eschatologischen Verkündigung Jesu (Abhandlungen zur Theologie des Alten und Neuen Testaments, hg. von W. Eichrodt und O. Cullmann, Nr. 6), Verlag Heinrich Majer, Basel, 1945, 100 Seiten.

Wie weit die nichtkatholische Exegese, auch bei gemässigt «kritischer» Voraussetzung kommt, erhellt aus Kümmels Arbeit an den Aussagen Jesu die Letzten Dinge betreffend. Ein paar solcher Aussagen beinhalten, dass Jesus bald wiederkommen werde, während die meisten seine Parusie in unbestimmte Fernen rücken. Kümmels Lösung ist diese: In den ersteren hat sich Jesus geirrt, was aber, wie er meint, wegen der geringen Zahl solcher Aussagen nicht sehr in die Waagschale fällt. Der Leser jedoch wird sich fragen: Hat sich Jesus in den einen Worten geirrt, sind dann seine andern Aussagen zuverlässig? Und warum sollen wir einem Irrtumsfähigen folgen, da wir selber imstande sind zu irren?

Wiederholte Reklamationen wegen Nichtempfang unseres Blattes seitens unserer ausländischen Abonnenten veranlassen uns zu folgender Mitteilung: 1. Mangelhafte Zustellung ist durch die ausländischen Transportunternehmen verursacht. 2. Nachbestellungen nicht eingegangener Nummern richte man direkt an die Administration der Orientierung.

Herausgeber:

Apologetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich, Auf der Mauer 13. — Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Abonnementspreise:

Schweiz: Jährlich Fr. 9.40 — halbjährlich Fr. 4.90 — vierteljährlich Fr. 2.50 — Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842.

Deutschland: vorläufig suspendiert.

Frankreich: Ab 1. Juli jährlich Ffr. 280 — halbjährlich Ffr. 150. Einzahlungen an Editions Salvator, Porte de Miroir, Mulhouse, Tél. 14—24, Compté Chèques Postaux: Strasbourg 10.218.

Luxembourg-Belgien: Jährlich Lfr. 120 — halbjährlich Lfr. 65. Einzahlungen an Central du Livre Clees-Meunier, 15, rue Elisabeth, Telephone 6681, Postcheckkonto 5390. °

Oesterreich: Jährlich S. 15 — halbjährlich S. 8. — Einzahlungen für: Steiermark, Kärnten, Salzburg, Vorarlberg, Tirol: P. Klinger, Graz I, Postfach 160; Fernruf: Gratwein 21. Postcheckkonto: Wien 61.606. — Wien, Nieder- und Oberösterreich: Verlag Herder, Wien, I., Wollzeile 33. Fernruf R 26—0—08.



JETZT WIEDER IN ALLE LÄNDER
 Die meist beachtete KATHOLISCHE Tageszeitung der Schweiz
 Abonnementsbeginn jederzeit. Anfragen und Bestellungen
 an: Neue Zürcher Nachrichten, Hauptpostfach 908, Zürich 1

SCHWEIZERISCHE SPAR- & KREDITBANK
ST. GALLEN - ZÜRICH - BASEL - GENÈVE
 Appenzell - Au - Brig - Fribourg - Martigny - Olten
 Rorschach - Schwyz - Sierre
Alle Bankgeschäfte diskret und zuverlässig

KONKORDIA
 Kranken- u. Unfall-Kasse des Schweiz. kath. Volksvereins schützt Dich und Deine Familie bei Krankheit und Unfall
 ♦ Ueber 135,000 Versicherte in über 345 Ortssektionen
 ♦ Erholungs- und Heilstätten
 ♦ Versicherung für Männer, Frauen und Kinder
 ♦ Kollektivversicherungen
Versicherungszweige:
 Arztkostenversicherung / Taggeld / Unfallpflege / Zusatzversicherung für Festbesoldete / Wöchnerinnenfürsorge / Sterbegeld / Erweiterte Leistungen in Tuberkulosefällen
 Verlangen Sie Prospekte und unverbindliche Offerten durch die
Zentralverwaltung in Luzern, Bundesplatz 15, Telefon 2 04 34, oder die Ortssektionen.

Pensionat „Père Girard“ Fribourg
 Das Pensionat, zweites Internat des Kollegiums St. Michael, nimmt Schüler auf für die verschiedenen Abteilungen des genannten Kollegiums (Handelsschule, deutsches und französisches Gymnasium mit klassischer und technischer Abteilung, Lyzeum). Das Pensionat wird geleitet von den P.P. Franziskanern (Cordeliers). Die Direktion ist bestrebt, die Studenten zu einem sittlich-religiös guten Leben anzuhalten und ein fleissiges, fruchtbringendes Studium derselben zu überwachen und zu fördern.
 Anfragen sind zu richten an die Direktion.

Mariannhiller Mission Altdorf
 Aufnahme finden Knaben und Jünglinge, die Priestermissionare werden wollen.
 Regelmässiger Lehrgang (siebenstufiges Gymnasium) mit eidg. Maturitätsabschluss am benachbarten Kollegium Karl Borromäus.
 Beginn des Schuljahres nach **Mitte September**.
 Beginn eines Spezial- und Vorkurses nach Ostern.
 Anmeldungen sind zu richten an P. Rektor, Missionshaus St. Josef, Altdorf (Uri).

MOBEL ZUBERBÜHLER
 bietet Ihnen schöne Auswahl in Einzel-, Kombi- und Polstermöbeln, sowie kompletten Aussteuern.
 Lieferung ab Lager sofort vorteilhaft. Ich besuche Sie unverbindlich.
ZUG, Zeughausstrasse 6 Telefon 4 06 37

BURCH - KORRODI
 JUWELIER SWB BAHNHOFSTRASSE 44 ZÜRICH TEL 23 72 43

Seit Jahrzehnten
Priesterkleider
 Gehrock- und Soufanelle-Anzüge
 Douilletten
 Uebergangs- und Regenmäntel
 Wintermäntel
 Pelerinen
 Prälatenausstattungen
 Ich führe nur beste Qualitäten in reiner Wolle zu vorteilhaften Preisen und arbeite auf Ihre persönlichen Masse. Verlangen Sie bitte Preisangebote oder Ansichtssendungen vom Spezialgeschäft für Priesterkleider.
Rob. Roos, Sohn, Luzern Riegelhaus bei der Hofkirchensiege Telefon (041) 2 03 88

MESS- & TISCHWEINE
 VENTE DE VINS DE MESSE
 VINI PER LA STA. MESSA
PROVIDENTIA
 SDC SAC HELV.

ARNOLD DETTLING — BRUNNEN — Tel. 69